

Auftrag Kocher betreffend Teilrevision des kantonalen Raumplanungsgesetzes (KRG)

Das kantonale Raumplanungsgesetz (KRG) ist im Jahr 2005 in Kraft getreten und bildet seither die gesetzliche Grundlage für die Raumplanung im Kanton Graubünden. Seither wurde es mehrfach punktuell angepasst, letztmals im Jahr 2019. In der praktischen Anwendung hat sich zunehmend gezeigt, dass die Bestimmungen des KRG die Handlungsspielräume der Gemeinden in unnötiger Weise einschränken. Dies ist besonders deshalb problematisch, weil die Gemeinden bereits durch das Bundesgesetz über die Raumplanung (RPG) erheblich reglementiert sind. Eine zusätzliche Einschränkung durch das kantonale Recht ist aus Sicht vieler Gemeinden weder sachlich notwendig noch raumplanerisch sinnvoll. Die gesetzlichen Vorgaben im KRG sind in zentralen Punkten zu starr und restriktiv, um eine sachgerechte, lokal angepasste Entwicklung der Gemeinden zu ermöglichen. Es besteht deshalb Handlungsbedarf, das Gesetz im Rahmen einer gezielten Teilrevision weiterzuentwickeln und dort zu lockern, wo es im heutigen Kontext zu weit geht.

Die Unterzeichnenden beauftragen die Regierung daher, eine Teilrevision des kantonalen Raumplanungsgesetzes (KRG) unter engem Einbezug der Gemeinden in die Wege zu leiten. Diese soll insbesondere dazu dienen,

- die Regulierungsdichte und Eingriffstiefe des KRG kritisch zu prüfen;
- Möglichkeiten zur Stärkung der Gemeindeautonomie aufzuzeigen und umzusetzen;
- das Gesetz dort zu entschlacken, wo es über das bundesrechtlich Notwendige hinausgeht;
- die Praxistauglichkeit und Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinden zu verbessern.

Chur, 24. April 2025

Kocher, Cramer, Koch, Adank, Altmann, Beeli, Bergamin, Berthod, Berweger, Bettinaglio, Brandenburger-Caderas, Brunold, Buchli, Bundi, Butzerin, Caluori, Candrian, Caviezel, Claus, Collenberg, Della Cà, Derungs (Domat/Ems), Derungs (Lumbrein), Durisch, Dürler, Epp, Furger, Gansner, Grass, Hartmann, Heim, Heini, Hohl, Holzinger-Loretz, Jochum, Kasper, Kienz, Kohler, Lamprecht, Lehner, Loepfe, Lunghi, Luzio, Maissen, Mani, Menghini-Inauen, Metzger (Zuoz), Metzger Biffi (St. Moritz), Michael (Castasegna), Mittner, Natter, Patzen, Pfäffli, Righetti, Roffler, Rüegg, Saratz Cazin, Schneider, Schutz, Spagnolatti, Stiffler, Stocker, Tomaschett, von Moos, von Tscharnier, Weber, Wieland



Sitzung vom

17. Juni 2025

Mitgeteilt den

18. Juni 2025

Protokoll Nr.

465/2025

Auftrag Kocher

betreffend Teilrevision des kantonalen Raumplanungsgesetzes (KRG)

Antwort der Regierung

Die wesentlichen Vorgaben im Bau- und Planungsrecht erfolgen auf Bundesebene, sei es durch den Gesetzgeber, durch die bundesgerichtliche Rechtsprechung oder aber auch durch die zahlreichen technischen Normen der betroffenen Branchen. Den Kantonen bleibt zur Regelung des Bau- und Planungswesens letztlich nicht mehr allzu viel Spielraum. Und wenn Spielraum besteht, wird dieser seitens des Kantons Graubünden grundsätzlich den Gemeinden belassen. Die Aussage im Auftrag, wonach sich in der praktischen Anwendung zunehmend gezeigt habe, dass die Bestimmungen des Raumplanungsgesetzes für den Kanton Graubünden (KRG; BR 801.100) die Handlungsspielräume der Gemeinden in unnötiger Weise einschränken würden, kann nicht geteilt werden. Ganz im Gegenteil: der Gemeindeautonomie wird im kantonalen Planungs- und Baurecht sehr grosse Beachtung geschenkt. Diese wird vom Kanton bei der Genehmigung von Ortsplanungsrevisionen im Rahmen der Vorgaben zwingend respektiert (Art. 49 Abs. 2 KRG). Insbesondere bei der Genehmigung von Ortsplanungsrevisionen zur bedarfsgerechten Bauzonendimensionierung wird der vom Bundesrecht stark eingeschränkte Handlungsspielraum so weit wie nur möglich genutzt, um den Gemeinden entgegenzukommen. Der Kanton kennt kaum zusätzliche eigene Einschränkungen, welche insbesondere die Gemeinden in ihrer Planung oder im Bauwesen behindern würden. Das formelle (Art. 85 bis 92 KRG) und materielle (Art. 72 bis 84 KRG) Baurecht auf kantonaler Ebene ist schlank und auf das absolut Minimale beschränkt. So besagt Art. 85 Abs. 1 KRG, dass das (formelle) Bauwesen Sache der Gemeinden sei. Zum materiellen Baurecht ist der Botschaft zur Revision des KRG (Heft Nr. 3 / 2004 – 2005) zu entnehmen, dass dieses traditionellerweise eine bedeutende Domäne der Gemeinden sei, diese ein hohes Mass an Autonomie hätten und dessen Erlass folglich vornehmlich Gemeindesache sei. Sein Umfang im KRG ist im Vergleich mit den Bau- und Planungsgesetzen anderer Kantone sehr bescheiden. Die Vorschriften zur kommunalen Nutzungsplanung (Art. 22 bis 64 KRG) stellen zudem nur einen groben Rahmen dar, in welchem die Gemeinden sich maximal entfalten können. Dieser vorgegebene Rahmen ist vor allem von Bundesrechts wegen nötig und könnte somit auch nicht weiter aufgeweitet

werden. Selbstverständlich gestaltet sich das KRG zuweilen anspruchsvoll. Jedoch geht es dabei oft um den Vollzug von kompliziertem Bundesrecht, wie namentlich die Umsetzung der Mehrwertabgabe. Hier macht einzig eine zentrale Regelung (die letztlich vom Grossen Rat verabschiedet wurde) Sinn. Wo zu starre und restriktive Regelungen in zentralen Punkten im KRG vorhanden sein sollten, welche eine sachgerechte, lokal angepasste Entwicklung der Gemeinden verhindern oder unnötig erschweren würden, ist nicht ersichtlich.

Problematisch und kritisch erachtet auch die Regierung die zunehmende Zentralisierung des Raumplanungsrechts durch den Bund sowie die vielen zusätzlichen Vorgaben im funktionalen Raumplanungsrecht. Auch die Rechtsprechung wird immer restriktiver und schränkt das Berggebiet – das scheinbar oft als Kompensationsraum für Natur und Umwelt betrachtet wird – zuweilen in seiner Entwicklung ein. Der Kanton kann dies aber im Rahmen seiner Gesetzgebung nicht ändern.

Die Regierung sieht also keinen Handlungsbedarf für eine Revision des KRG. Das kantonale Raumplanungsrecht ist seit jeher so minimal wie nötig ausgestaltet und lässt traditionellerweise den Gemeinden so viel Autonomie wie möglich. Auch im Kantonsvergleich ist das KRG äusserst bescheiden gehalten und sehr offen formuliert (viele Kantone kennen z.B. eine abschliessende Aufzählung zulässiger Zonen ohne weitere Handlungsspielräume). Entsprechend wird eine Überprüfung die im Auftrag genannten Ziele nicht erreichen können. Die Regierung wird jedoch gemäss ihrem Antrag zur Überweisung des Auftrags Derungs betreffend rasch umsetzbare Massnahmen zur Vereinfachung der Bauvorschriften im Kanton Graubünden insbesondere die Vorschriften von Art. 40 bis 61a KRVO sowie interne Dokumente wie Wegleitungen etc. unter Einbezug verschiedener Akteure, auch der Politik und Gemeinden, überprüfen (z.B. im Rahmen von Workshops) und – sofern die Prüfung ergibt, dass zweckmässige und zielführende Massnahmen ersichtlich sind – diese entsprechenden Massnahmen ergreifen und umsetzen. Die aufzuarbeitenden Themen müssen dabei nicht beschränkt sein. Weil der vorliegende Auftrag weit über eine solche Überprüfung hinausgeht und Vorbringen enthält, die nicht geteilt werden können, kann er nicht zur Überweisung empfohlen werden.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag abzulehnen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Incumbensa Kocher concernent ina revisiun parziala da la Lescha davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischun (LPTGR)

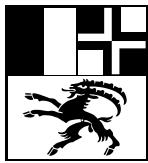
La Lescha davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischun (LPTGR) è entrada en vigur l'onn 2005 e furma dapi lura la basa legala per la planisaziun dal territori en il chantun Grischun. Dapi quella giada è ella vegnida adattada pliras giadas en tscherts puncts, l'ultima giada l'onn 2019. En l'applicaziun pratica da la lescha èsi sa mussà pli e pli, che las disposiziuns da la LPTGR restrenschan nunnecessariamain las libertads d'agir da las vischnancas. Quai è cunzunt problematic, perquai che las vischnancas èn gia considerablamain reglamentadas tras la Lescha federala davart la planisaziun dal territori (LPT). In'ulteriura restricziun tras la lescha chantunala n'è – ord vista da bleras vischnancas – ni necessaria materialmain ni raschunaivla planisatoricamain. En tscherts puncts centrals èn las prescripziuns legalas da la LPTGR memia rigidas e memia restrictivas, per pussibilitar in svilup localmain adequat da las vischnancas. Perquai exista in basegn d'agir da sviluppar vinavant la lescha en il rom d'ina revisiun parziala sistematica e da schlucrar la lescha là, nua ch'ella va memia lunsch en il context actual.

Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders incumbenseschan perquai la Regenza d'instradar ina revisiun parziala da la Lescha davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischun (LPTGR) integrond stretgamain las vischnancas. Quai duai servir particularmain,

- ad examinar criticamain la spessezza da regulaziun e la profunditad d'intervenziun da la LPTGR;
- a demussar e realisar pussaivladads che servan a rinforzar l'autonomia communal;
- a purifitgar la lescha là, nua ch'ella surpassa quai ch'è necessari tenor il dretg federal;
- a meglierar la praticabilitad e las pussaivladads da svilup da las vischnancas.

Cuira, ils 24 d'avrigl 2025

Kocher, Crameri, Koch, Adank, Altmann, Beeli, Bergamin, Berthod, Berweger, Bettinaglio, Brandenburger-Caderas, Brunold, Buchli, Bundi, Butzerin, Caluori, Candrian, Caviezel, Claus, Collenberg, Della Cà, Derungs (Domat), Derungs (Lumbrein), Durisch, Dürler, Epp, Furger, Gansner, Grass, Hartmann, Heim, Heini, Hohl, Holzinger-Loretz, Jochum, Kasper, Kienz, Kohler, Lamprecht, Lehner, Loepfe, Lunghi, Luzio, Maissen, Mani, Menghini-Inauen, Metzger (Zuoz), Metzger Biffi (San Murezzan), Michael (Castasegna), Mittner, Natter, Patzen, Pfäffli, Righetti, Roffler, Rüegg, Saratz Cazin, Schneider, Schutz, Spagnolatti, Stiffler, Stocker, Tomaschett, von Moos, von Tschärner, Weber, Wieland



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

17 da zercladur 2025

18 da zercladur 2025

465/2025

Incumbensa Kocher

concernent ina revisiun parziala da la Lescha davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischun (LPTGR)

Resposta da la Regenza

Las directivas essenzialas dal dretg da construcziun e da planisaziun vegnan fixadas sin plaun federal – saja quai tras il legislatur, tras la giurisdicziun dal Tribunal federal u er tras las numerusas normas tecnicas da las branschas pertutgadas. Per reglar ils fatgs da construcziun e da planisaziun n'han ils chantuns la finala betg pli bleras libertads d'agir. E là, nua ch'i dat libertads d'agir, las surlascha il chantun Grischun da princip a las vischnancas. Quai che vegn ditg en l'incumbensa – numnadamain ch'i saja sa mussà pli e pli en l'applicaziun pratica, che las disposiziuns da la Lescha davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischun (LPTGR; DG 801.100) restrenschian unnecessariamain las libertads d'agir da las vischnancas – vegn refusà. Il cuntrari è il cas: A l'autonomia communal vegn dada fitg gronda atenziun en il dretg chantunal da planisaziun e da construcziun. Ella vegn respectada stringentamain dal chantun tar l'approvaziun da revisiuns da planisaziuns localas en il rom da las prescripziuns (art. 49 al. 2 LPTGR). En spezial tar l'approvaziun da revisiuns da planisaziuns localas che han l'intent da dimensiunar las zonas da construcziun conform als basegns, vegn la libertad d'agir, ch'è restrenschida fermamain tras il dretg federal, tratga a niz uschè fitg sco pussaivel per satisfar als interess da las vischnancas. Il chantun n'enconuscha strusch atgnas restricziuns supplementaras che impedissan en spezial la planisaziun u ils fatgs da construcziun da las vischnancas. Il dretg da construcziun chantunal formal (art. 85 fin 92 LPTGR) e material (art. 72 fin 84 LPTGR) è concis e limità a quai ch'è absolutamain necessari. Uschia prevesa l'art. 85 al. 1 LPTGR, ch'ils fatgs da construcziun (formals) èn chaussa da las vischnancas. Areguard il dretg da construcziun material pon ins leger en la missiva tar la revisiun da la LPTGR (carnet nr. 3 / 2004–2005), che tal saja tradiziunalmain ina domena impurtanta da las vischnancas, che las vischnancas hajan ina gronda autonomia en quest reguard e ch'i saja perquai principalmain lur chaussa da decretar il dretg da construcziun material. Cumpareglià cun las leschas da construcziun e da planisaziun d'auters chantuns è sia extensiun en la LPTGR fitg modesta. Las prescripziuns davart la planisaziun d'utilisaziun communal (art. 22 fin 64 LPTGR) èn ultra da quai mo in rom general, entaifer il qual las vischnancas pon maximalmain sa sviluppar. Quest rom prescrit è necessari cunzunt pervia dal dretg federal e na pudess pia er betg vegnir sutminà pli fitg. Natiralmain è la LPTGR mintgatant pretensiusa. Savens

sa tracti dentant da l'execuziun da dretg federal cumplitgà, sco per exempel da la realisaziun da la taxa da plivalur. Senn fa en quest cas unicamain ina regulaziun centrala (ch'è la finala vegnida deliberada dal Cussegl grond). Nua che puncts centrals da la LPTGR duessan avoir regulaziuns memia rigidas e memia restrictivas, che impedissan u engrevgiassan nunnecessariamain in svilup local adequat da las vischnancas, n'è betg visibel.

Sco problematic e critic resguarda er la Regenza il fatg, che la Confederaziun centralisescha pli e pli fitg il dretg da la planisaziun dal territori e ch'i existan bleras prescripziuns supplementaras en il dretg funcziunal da la planisaziun dal territori. Er la giurisdicziun daventa pli e pli restrictiva e restrenscha da temp en temp il svilup dal territori da muntogna – che vegn, sco ch'i para, resguardà savens sco spazi da cum-pensaziun per la natira e l'ambient. Il chantun na po dentant betg midar quai en il rom da sia legislaziun.

La Regenza na vesa pia nagin basegn d'agir areguard ina revisiun da la LPTGR. Il dretg chantunal da la planisaziun dal territori cuntegna gia da vegl ennà mo quai ch'è absolutamain necessari e dat tradiziunalmain uschè blera autonomia sco pussaivel a las vischnancas. Er en la cumparegliaziun cun ils auters chantuns ha la LPTGR in cuntegn fitg modest ed è formulada en moda fitg averta (blers chantuns enconuschan p.ex. in'enumeraziun definitiva da las zonas admissiblas, senza ulteriuras libertads d'agir). Perquai na vegn in'examinaziun betg a pudair cuntanscher las finamiras numnadas en l'incumbensa. Confurm a sia proposta pertutgant l'acceptaziun da l'incumbensa Derungs concernent mesiras che pon vegnir realisadas svelt per simplifitgar las prescripziuns da construcziun en il chantun Grischun, vegn la Regenza dentant ad examinar en spezial las prescripziuns dals art. 40 fin 61a da l'Ordinaziun davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischun (OPTGR; DG 801.110) sco er documents interns, sco mussavias e.u.v., quai cun involver differentas acturas ed acturs, er da la politica e da las vischnancas (p.ex. en il rom da lavuratori). En cas che l'examinaziun mussa mesiras adequatas e cunvegnentas, vegn la Regenza a prender ed a realisar quellas. Ils temas ch'èn d'elavurar na duain betg esser limitads. Perquai che l'incumbensa qua avant maun va bler pli lunsch ch'ina tala examinaziun e perquai ch'ella cuntegna arguments che ston vegnir refusads, na po la Regenza betg recumandar d'acceptar l'incumbensa.

Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond da refusar questa incumbensa.



En num da la Regenza

Il president:

Marcus Caduff

Il chancelier:

Daniel Spadin

Incarico Kocher concernente la revisione parziale della legge cantonale sulla pianificazione territoriale (LPTC)

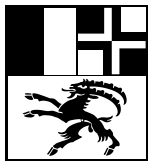
La legge cantonale sulla pianificazione territoriale (LPTC) è entrata in vigore nel 2005 e da allora costituisce la base legale per la pianificazione del territorio nel Cantone dei Grigioni. Successivamente è stata modificata più volte in modo puntuale, l'ultima volta nel 2019. Nell'applicazione pratica è emerso sempre di più che le disposizioni della LPTC limitano inutilmente i margini di manovra dei comuni. Ciò risulta particolarmente problematico perché i comuni sono già limitati in maniera considerevole dalle disposizioni della legge federale sulla pianificazione del territorio (LPT). Secondo numerosi comuni, un'ulteriore limitazione imposta dal diritto cantonale non è né necessaria dal punto di vista materiale, né sensata dal punto di vista della pianificazione del territorio. In punti centrali le prescrizioni legislative contenute nella LPTC sono troppo rigide e troppo restrittive per consentire uno sviluppo dei comuni opportuno e adeguato alle esigenze locali. Vi è perciò necessità di agire per sviluppare ulteriormente la legge nel quadro di una revisione parziale mirata e per allentarla laddove nel contesto attuale va troppo oltre.

Le firmatarie e i firmatari incaricano perciò il Governo di avviare una revisione parziale della legge cantonale sulla pianificazione territoriale (LPTC) con lo stretto coinvolgimento dei comuni. Questo dovrebbe servire in particolare a

- verificare in modo critico la densità normativa e l'intensità di intervento della LPTC;
- illustrare e attuare possibilità per il rafforzamento dell'autonomia comunale;
- snellire la legge laddove va oltre quanto necessario secondo il diritto federale;
- migliorare la praticabilità e le possibilità di sviluppo dei comuni.

Coira, 24 aprile 2025

Kocher, Cramer, Koch, Adank, Altmann, Beeli, Bergamin, Berthod, Berweger, Bettinaglio, Brandenburger-Caderas, Brunold, Buchli, Bundi, Butzerin, Caluori, Candrian, Caviezel, Claus, Collenberg, Della Cà, Derungs (Domat/Ems), Derungs (Lumbrein), Durisch, Dürler, Epp, Furger, Gansner, Grass, Hartmann, Heim, Heini, Hohl, Holzinger-Loretz, Jochum, Kasper, Kienz, Kohler, Lamprecht, Lehner, Loepfe, Lunghi, Luzio, Maissen, Mani, Menghini-Inauen, Metzger (Zuoz), Metzger Biffi (St. Moritz), Michael (Castasegna), Mittner, Natter, Patzen, Pfäffli, Righetti, Roffler, Rüegg, Saratz Cazin, Schneider, Schutz, Spagnolatti, Stiffler, Stocker, Tomaschett, von Moos, von Tscharnier, Weber, Wieland



Seduta del

17 giugno 2025

Comunicato il

18 giugno 2025

Protocollo n.

465/2025

Incarico Kocher

concernente la revisione parziale della legge cantonale sulla pianificazione territoriale (LPTC)

Risposta del Governo

Le disposizioni essenziali nel diritto edilizio e pianificatorio vengono stabilite a livello federale: dal legislatore, dalla giurisprudenza del Tribunale federale o anche dalle numerose norme tecniche dei settori coinvolti. Ai Cantoni in definitiva non resta che poco margine di manovra per disciplinare il settore edilizio e pianificatorio. E, se vi è un margine di manovra, in linea di principio il Cantone dei Grigioni lo lascia ai comuni. L'affermazione contenuta nell'incarico secondo cui nell'applicazione pratica sarebbe emerso sempre di più che le disposizioni della legge sulla pianificazione territoriale del Cantone dei Grigioni (LPTC; CSC 801.100) limiterebbero inutilmente i margini di manovra dei comuni non può essere condivisa. Al contrario: nel diritto edilizio e pianificatorio cantonale viene attribuita grande attenzione all'autonomia comunale. Quest'ultima viene imperativamente rispettata dal Cantone nei limiti delle prescrizioni in sede di approvazione di revisioni delle pianificazioni locali (art. 49 cpv. 2 LPTC). In particolare in caso di approvazione di revisioni delle pianificazioni locali per il dimensionamento delle zone edificabili adeguato alle esigenze, il margine di manovra fortemente limitato dal diritto federale viene sfruttato il più possibile per andare incontro ai comuni. Il Cantone prevede ben poche ulteriori restrizioni proprie che ostacolerebbero in particolare i comuni nella loro pianificazione o nel settore delle costruzioni. Il diritto edilizio formale (art. 85 – 92 LPTC) e materiale (art. 72 – 84 LPTC) a livello cantonale è snello e limitato al minimo assoluto. Conformemente all'art. 85 cpv. 1 LPTC le costruzioni (in materia di diritto formale) sono di competenza dei comuni. Per quanto riguarda il diritto edilizio materiale, dal messaggio relativo alla revisione della LPTC (quaderno n. 3 / 2004 – 2005) si evince che tradizionalmente tale diritto rappresenta un importante dominio dei comuni, che questi ultimi godono di un elevato grado di autonomia e che di conseguenza l'emanazione di tale diritto spetta principalmente ai comuni. Se paragonata alle leggi edilizie e di pianificazione di altri Cantoni, la sua portata nella LPTC risulta particolarmente contenuta. Le prescrizioni relative alla pianificazione dell'utilizzazione comunale (art. 22-64 LPTC) rappresentano inoltre solo un quadro approssimativo entro il quale i comuni possono esercitare pienamente la propria autonomia. Questo quadro prestabilito è necessario soprattutto perché previsto in virtù del diritto federale e quindi non potrebbe nemmeno

essere ulteriormente allentato. Naturalmente, talvolta la LPTC si presenta complessa. Tuttavia spesso si tratta dell'esecuzione di complicate norme federali, come nello specifico l'attuazione della tassa sul plusvalore. In questo caso, ha senso soltanto una regolamentazione centrale (che è stata infine approvata dal Gran Consiglio). Non è chiaro in quali punti centrali della LPTC debbano esistere regolamentazioni troppo rigide e troppo restrittive che impedirebbero o complicherebbero inutilmente uno sviluppo dei comuni opportuno e adeguato alle esigenze locali.

Anche il Governo ritiene problematiche e critiche la crescente centralizzazione del diritto in materia di pianificazione del territorio da parte della Confederazione nonché le numerose prescrizioni aggiuntive contenute nel diritto funzionale in materia di pianificazione del territorio. Anche la giurisprudenza diventa sempre più restrittiva e limita a volte lo sviluppo delle zone di montagna, le quali sembrano spesso essere considerate come aree di compensazione per la natura e l'ambiente. Nel quadro della propria legislazione il Cantone non può però cambiare questa situazione.

Il Governo non vede dunque la necessità di una revisione della LPTC. Da sempre il diritto cantonale in materia di pianificazione del territorio è limitato al minimo assoluto e tradizionalmente concede ai comuni la maggiore autonomia possibile. Anche nel confronto con altri Cantoni, la LPTC si presenta particolarmente contenuta e formulata in modo molto aperto (molti Cantoni prevedono ad es. un elenco esaustivo delle zone ammesse senza ulteriori margini di manovra). Di conseguenza un esame non permetterebbe di conseguire gli obiettivi indicati nell'incarico. Tuttavia, conformemente alla sua proposta di accogliere l'incarico Derungs concernente misure di rapida attuazione per semplificare le prescrizioni edilizie nel Cantone dei Grigioni, il Governo esaminerà in particolare le prescrizioni di cui agli art. 40-61a OPTC nonché documenti interni quali istruzioni, ecc., con il coinvolgimento di diversi attori, anche della politica e dei comuni (ad es. nel quadro di workshop), e, se da tale esame dovessero risultare misure opportune ed efficaci, adotterà e attuerà le misure corrispondenti. I temi da elaborare in tale contesto non devono essere limitati. Dato che il presente incarico va ben oltre un tale esame e contiene argomentazioni che non possono essere condivise, non è possibile raccomandarne l'accoglimento.

Sulla base di quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di respingere l'incarico in oggetto.



In nome del Governo

Il Presidente:

Marcus Caduff

Il Cancelliere:

Daniel Spadin